

die Mitglieder einer Gruppe gegenseitig die Autorität zur Beurteilung und Sanktionierung ihrer Handlungen zuschreiben. Insofern so auch Urteile jenseits der faktischen Praxis sowie der expliziten Normen der Gruppe legitimiert werden, werden damit „immanente, kollektiv akzeptierte Normen“ (370) etabliert. Andersherum – und das ist *Stahls* eigentliche sozialontologische These – ist das Vorliegen solcher Anerkennungsbeziehungen die Bedingung sozialer Normativität überhaupt. Zwar führt diese Kernthese zu einigen interessanten Reflexionen über immanente Kritik – etwa deren zentrale Verortung in sozialen Kämpfen oder den Nachweis, dass jede soziale Handlung in nuce einen kritischen Gehalt aufweist –, letztlich bleibt aber, wie *Stahl* selbst einräumt, fast notwendig ein „gewisses Maß an Enttäuschung“ (453), da wenig darüber zu erfahren ist, wie etwa eine solche Kritik tatsächliche gesellschaftliche Missstände aufzeigen und problematisieren kann oder inwiefern die dafür notwendigen Anerkennungsbeziehungen misslingen können. So wird zwar zum Beispiel kurz registriert, dass diese in heutigen Gesellschaften „zum Teil durch Macht und Gewalt, durch die Unterbindung von Kritik oder durch die Unterdrückung von DisSENS ersetzt“ werden (364), dies aber als Problem systematisch nicht weiter verfolgt. Nun ist *Stahl* natürlich getreten, die „Möglichkeit“ immanenter Kritik zu begründen, nicht aber deren „konkrete Maßstäbe“ (452). Vielmehr stellt für ihn das Fehlen solcher Maßstäbe gewissermaßen den Clou immanenter Kritik dar: Statt sich auf vermeintlich objektive Kriterien zu beziehen kann sich immanente Kritik – auch wenn sie punktuell zurückgewiesen wird – insofern als begründet ver-

stehen, als sie innerhalb von sozialen Interaktionsstrukturen geäußert wird, die ihre zukünftige Anerkennung zumindest möglich erscheinen lassen. Im Lichte der damit verbundenen Einsicht, „dass die Gegenwart nicht alles ist“, kann Gesellschaftskritik damit, so *Stahl*, „als Versuch der Wiederentdeckung von Hoffnung unternommen werden“ (457). Wenn aber unberücksichtigt bleibt, welche konkreten gesellschaftlichen Bedingungen verhindern, dass eine solche Kritik auch in der Gegenwart wirkmächtig wird, scheint der versöhnende Verweis auf eine Behebung der kritisierten Zustände in unbestimmter Zukunft nur allzu leicht den Status quo zu rechtfertigen.

Andreas Busen

VERGLEICH POLITISCHER SYSTEME

Onken, Holger, *Parteiensysteme im Wandel. Deutschland, Großbritannien, die Niederlande und Österreich im Vergleich.*, Wiesbaden. Springer VS 2013. 403 Seiten. 49,99 €.

Niklas Luhmann sagt uns, dass Entwicklung immer als Systementwicklung gesehen werden muss, doch ist es in der politikwissenschaftlichen Forschung schwierig, ein ganzes System in einem Forschungsdesign abzubilden. Jede Arbeit die sich vornimmt, Veränderungen in einem politischen System zu beschreiben, setzt sich somit zwangsläufig ein ambitioniertes Ziel. *Holger Onken* strebt mit dem vorliegenden Werk, das im Wesentlichen auf seine 2013 an der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg eingereichte Dissertation zurückgeht, den Nachweis des Wandels in gleich vier Parteiensystemen an. Die Publikation ist als Band sieben der

von *Dirk Lange* herausgegebenen Reihe „Bürgerbewusstsein. Schriften zur Politischen Kultur und Politischen Bildung“ erschienen und betrachtet in einer vergleichenden Fallstudie die Entwicklungen Deutschlands, Großbritanniens, der Niederlande und Österreichs seit Mitte des 19. Jahrhunderts.

Die Relevanz des Themas ist für sich unbestritten, der Autor verweist jedoch darauf, dass „die Schwäche der traditionellen Parteien“ bei Wahlen ein quantitativ messbarer Indikator für den qualitativen Wandel in den entsprechenden Gesellschaften ist (22). Die Betrachtung des Phänomens soll theoriegeleitet bewerkstelligt werden. Allerdings so stellt er mit umfangreichen Literaturbelegen fest, sei das „methodische Niveau“ der bisherigen Forschung niedrig, man könne sogar mit Klaus von Beyme von einer gewissen „Theorielosigkeit“ sprechen (23). Das Ziel der Arbeit ist dementsprechend: „genrealisierbare Aussagen zu entwickeln, die auf Parteiensysteme mit freiem Wettbewerb, zumindest in Westeuropa, zeit- und länderübergreifend anwendbar und möglichst darüber hinaus übertragbar sind“ (23).

In der Struktur der Publikation folgen auf die Einleitung acht Kapitel und das obligatorische Literaturverzeichnis nebst Anhang. In der Beschreibung der Grundlagen der Untersuchung (I) zeigt *Onken*, wie er sein Ziel mit einem dedizierten Theoriekonstrukt erreichen will. In einer Verbindung aus Strukturanalysen und System-Umwelt-Analysen sowie der Einbeziehung der Cleavage-Theorie und der Systematisierung politisch relevanter gesellschaftlicher Konflikte sieht er die Möglichkeit, die Dimensionen des Wandels in der Zeit zu erfassen (53-55). Über die Betrachtung von quantitativen und qualitativen Systemeigenschaften wird dieser Ansatz

im Bezug auf die Fälle operationalisiert (II). Um die Staaten in der langen Sicht betrachten zu können, werden die 150 Jahre seit der Ausbildung der Parteiensysteme in vier Phasen unterteilt: Formierungsphase, Traditionsphase, Stabilitätsphase und Dekompositionsphase (80-84). Diese variieren in ihren genauen Abgrenzungen leicht von Land zu Land (80). *Onken* unterscheidet in Anlehnung an Herbert Kitschelt und Gordon Smith dann zwischen vier Stufen von Systemwandel: Temporäre Fluktuation, Begrenzter Wandel, Genereller Wandel und Transformation (90). Zur Einbettung der gewonnenen Indikatoren werden dann Bestimmungsfaktoren – Wahlverhalten, institutionalisierte Regeln des politischen Wettbewerbs und Handlungsmuster der Eliten – für die bessere Einordnung des jeweiligen Kontextes erarbeitet (III). In den Kapitel IV bis VII erfolgen die Länderanalysen in den oben skizzierten Phasen. Das rigide chronologische Vorgehen wird in den Unterpunkten durch Betrachtungen der „politischen Entwicklung“ und der „Analyse der Systemindikatoren“ vervollständigt.

In der vergleichenden Ergebnispräsentation kommt *Onken* zu dem Schluss, dass die untersuchten Fälle Gemeinsamkeiten in der Entwicklung ihrer Parteiensystemeigenschaften (354) aufweisen und dass länderübergreifend eine ähnliche Wirkung der Cleavagestrukturen zu beobachten ist (358). Darüber hinaus gesteht der Autor ein, dass sich für seine beiden Hypothesenstränge – länderübergreifende Entwicklung und landesspezifische Pfadabhängigkeit (49-52) – ein uneinheitliches Bild ergibt, welchem nur durch qualitative Einzelfallbetrachtungen zu begegnen wäre (359).

Typen- und Modellbildung dienen der Komplexitätsreduktion und sind gleichzeitig auf sie angewiesen. Hieraus folgt fast zwangsläufig eine Vereinfachung der Realität, die bei Mehrländeranalysen die Gefahr birgt, dass Gemeinsamkeiten der Systeme trotz kontextbedingter Unterschiede „erzwungen“ werden. Holger Onken umschift diese Klippe und erreicht durch eine zielgerichtete Wahl der theoretischen Konzepte sowie ausreichender Beschreibungstiefe bei den Fällen maximale Ergebnisse. Trotzdem muss er in seinem eigenen Fazit feststellen, dass „für eine wirklichkeitsnahe Erforschung von Parteiensystemen [...] die Notwendigkeit [besteht], neue soziologische und politisch-kulturelle Analysekategorien aus der empirischen Wirklichkeit herauszuarbeiten“ (363).

In der an sich gut begründeten Auswahl (79) sticht Großbritannien ein wenig heraus. Es hat im Gegensatz zu den anderen drei Fällen ein Mehrheitswahlsystem und eine nicht kodifizierte Rechtsgrundlage, hinzu kommen die nicht-kontinentale Lage und die Rolle im Zweiten Weltkrieg. Eine weitere Kritik richtet sich an die Form der Zitation. Aus Sicht des Rezensenten gibt es gute Argumente für und gegen Fußnoten, genauso steht es um die amerikanische Zitation. Doch eine amerikanische Zitation in Fußnoten scheint am Ziel vorbei zu gehen. Darüber hinaus entspricht das Werk allen formalen Parametern.

Abschließend kann gesagt werden, dass die auf dem Buchrücken angegebene Zielgruppe von Dozierenden und Studierenden der Politikwissenschaft, Soziologie sowie Geschichte respektive Journalisten etwas knapp gegriffen scheint. In der Breite und Tiefe der Analyse stellt das Buch von Holger

Onken einen substantiellen Beitrag zur Erforschung des Wandels von Partiensystemen dar.

Christian Nestler

Freedon, Michael und Andrew Vincent (Hrsg.). *Comparative Political Thought. Theorizing Practices*. London [u.a.]. Taylor & Francis 2013. 196 Seiten.
31,99 €.

Mit Michael Freedon und Andrew Vincent haben sich nun auch zwei Urgesteine der britischen Politischen Theorie des Themenfelds der comparative political theory (CPT) angenommen. Ihr Band ist durchaus als Konkurrenzprodukt zu dem von Fred Dallmayr herausgegebenen Reader „Comparative Political Theory. An Introduction“ zu verstehen, der hier bereits vorgestellt wurde (vgl. PVS 2011, Jg. 52 Heft 1, 124–126). Zwei Unterschiede sind besonders hervorzuheben: Zum einen handelt es sich bei den von Freedon und Vincent zusammengestellten Texten ausschließlich um Originalbeiträge, was der Geschlossenheit des Bandes spürbar entgegenkommt. Zum anderen begegnen die Herausgeber dem oft diffusen Dialogizitätspostulat der nordamerikanischen Spielart von CPT mit großer Skepsis. Aus diesem Grund wenden sie sich explizit der praktischen Seite politischer Ideen zu, was den Untertitel des Bandes erklärt. Es geht also im Wesentlichen um die „theoretische“ Sinngebung von regional beziehungsweise kulturell unterschiedlichen politischen Praktiken. Dies wird schon in dem ersten thematisch zusammengruppierten Block deutlich, der aus drei Aufsätzen besteht, die jeweils das Verständnis des „Politischen“ in Indien, Lateinamerika und China be-